## Zusammenrücken und zurückfahren

## Globalisierung. Müssen wir die Idee eines weltweiten Marktes neu überdenken?

VON ELIAS HÖRZENAUER, DAVID LEI-TENMAIR, MARTIN OBERMAIER, FLORI-AN REISEGGER UND JAN PFEIFFER, KLAS-SE 4A, MECHATRONIKABTEILUNG DER HTBLA WELS

üssen wir die Idee eines weltweiten Marktes neu überdenken? Professor Gabriel Felbermayr, Vorsitzender des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO), regte im ZIB 2-Interview an, die Idee der Weltwirtschaft neu zu überdenken. Mittlerweile spürt man in fast allen Bereichen des Alltags die negativen Auswirkungen der Globalisierung, ob durch das Zusammenbrechen der Lieferketten infolge der Coronapandemie oder durch die Energiepreissteigerungen. Es stellt sich daher die Frage: Sollen Österreich und Deutschland beziehungsweise die Mitgliedsländer der EU in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit noch enger zusammenrücken und die internationalen Abhängigkeiten verringern, sprich: die weltweite Globalisierung zurückfahren?

Seit Beginn der Coronapandemie kämpfen einige Branchen dauerhaft mit Lieferschwierigkeiten. Große Probleme hat beispielsweise bis heute die Chipindustrie; das zeigt sich sehr deutlich an Lieferengpässen bei Grafikkarten für PCs oder am Chipmangel in der Automobilindustrie.



Durch die Energiewende die Abhängigkeit von außereuropäischen Wirtschaftspartnern reduzieren – dafür plädiert Thomas Gindele. Martin Draper/DHK

Auch in anderen Branchen hat sich Österreich bisher sehr stark auf externe Lieferanten verlassen. Aktuell können erhebliche Probleme bei der Energieversorgung auftreten, weil Österreich einen Großteil seines Gasverbrauchs mit russischen Lieferungen abdeckt und Russland als Reaktion auf die Sanktionen durch alle EU-Länder mit einem "Zudrehen" der Gasleitung droht.

Es gäbe indes durchaus Lösungen, mit denen man solche Versorgungsprobleme in den Griff bekommen könnte – zum Beispiel eine teilweise Rückverlagerung, das heißt

ein bewusstes Zurückbringen der Fertigung in das eigene Land oder in den EU-Raum. Von immenser Bedeutung wäre dies vor allem bei lebensnotwendigen Gütern, etwa bei Produkten der Pharmaindustrie.

Thomas Gindele, der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Handelskammer in Österreich, weist im Interview jedoch daraufh in, dass dies nur begrenzt möglich sei, und nennt Gründe dafür: der hohe Durchschnittslohn in der EU, fehlende Ressourcen wie beispielsweise Rohstoffe und die Energieabhängigkeit. Zudem käme der Wegfall der

Wechselseitigkeit im Handel einem neuen Protektionismus gleich. Im deutschsprachigen Raum stelle zudem der Bürokratieaufwand einen Hemmschuh für rasche Entwicklungsschritte dar.

## **Neue Wege suchen**

Dem Chef der Deutschen Handelskammer in Österreich zufolge ist eine vollständige Autarkie im EU-Raum nicht möglich, aber eine Suche nach neuen Zulieferern und Vertragspartnern könne, so Gindele, die Abhängigkeit reduzieren. Und durch die fortschreitende Digitalisierung, den Einsatz von Robotern und eine intelligente Steuerung der Produktion ließen sich die hohen Lohnkosten senken. Schließlich werde auch durch den Vollzug der Energiewende die Abhängigkeit von außereuropäischen Wirtschaftspartnern reduziert.

Dies alles aber braucht Zeit und wird zunächst einiges an Mehrkosten verursachen, welche die Allgemeinheit, in welcher Form auch immer, zu tragen hätte.

Diesen Lösungsansatz verfolgt auch die EU mit dem "Europäischen Chip-Gesetz", das die europäische Chipindustrie stärken soll. Mit einem Budget von 43 Milliarden Euro will man das Entstehen neuer Produktionsstätten in der EU durch private und öffentliche Investitionen bis 2030 fördern.